

Business for Inclusive Growth (B4IG) fordert, den Menschen in den Mittelpunkt der Klimaschutzmaßnahmen zu stellen

Paris – 8. November 2021 – Während Regierungsvertreter, Unternehmen, Experten und Nichtregierungsorganisationen in Glasgow zur 26. UN-Klimakonferenz (COP26) zusammenkommen, ruft B4IG dazu auf, die Menschen in den Mittelpunkt der Klimaschutzmaßnahmen zu stellen.

Der Klimawandel und Strategien zu seiner Bekämpfung können potenziell erhebliche soziale Auswirkungen verursachen, die systematisch angegangen werden müssen, um sicherzustellen, dass niemand zurückbleibt.

Der Zusammenschluss hat eine Erklärung über die zentrale Rolle verabschiedet, die die Unternehmen bei der Bewältigung der sozialen Veränderungen spielen müssen, indem sie mit Regierungen, Sozialpartnern und anderen Interessengruppen zusammenarbeiten.

Um sich auf gemeinsame Indikatoren zu einigen, die die Grundlage für eine gemeinsame Sprache mit allen Interessengruppen bilden, schlägt der Zusammenschluss auch eine erste Auswahl von Indikatoren vor, um die sozialen Auswirkungen des Wandels in den eigenen Betrieben, in den Lieferketten und in den Geschäftsbeziehungen der Unternehmen zu ermitteln, zu bewerten und anzugehen.

Die von der französischen G7-Präsidentschaft im August 2019 ins Leben gerufene Initiative Business for Inclusive Growth (B4IG) ist ein globaler, von CEOs geführter Zusammenschluss großer Unternehmen, die gegen Einkommens- und Chancenungleichheit kämpfen. Unterstützt von der OECD als strategischem Partner koordiniert B4IG mit Regierungen, um inklusives Wachstum auf globaler und lokaler Ebene zu fördern. Die B4IG-Arbeitsgruppe "Just Transition" wird von Crédit Agricole S.A. geleitet.

Vollständiger Text der Erklärung:

Die Menschen in den Mittelpunkt der Klimaschutzmaßnahmen stellen

B4IG schlägt acht Schlüsselindikatoren vor, um die sozialen Herausforderungen der Just Transition zu messen

Der Klimawandel und damit auch die Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung haben das Potenzial, erhebliche soziale Auswirkungen zu verursachen. Wir können dieses Problem angehen, wenn wir gemeinsam die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den gerechten Übergang zu unterstützen, indem wir die Menschen in den Mittelpunkt der Klimaschutzmaßnahmen stellen und uns auf gemeinsame Indikatoren einigen, die die Grundlage für einen gemeinsamen Ansatz mit allen Beteiligten bilden.



Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass wir dringend und entschieden handeln müssen, um katastrophale Klimaveränderungen zu verhindern. Bei allen möglichen Emissionsszenarien, die im jüngsten Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) der Vereinten Nationen vom August 2021 berücksichtigt wurden, wird die globale Oberflächentemperatur mindestens bis zur Mitte des Jahrhunderts weiter ansteigen. Um die globale Erwärmung deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu halten und den Temperaturanstieg sogar auf 1,5°C zu begrenzen, müssen mindestens Netto-Null-CO₂-Emissionen erreicht und andere Treibhausgasemissionen stark reduziert werden.

Wir wissen, dass der Klimawandel und die Maßnahmen zu seiner Abschwächung massive Schocks verursachen könnten. Wir gehen davon aus, dass dies schwerwiegende makroökonomische Folgen einschließlich erheblicher haben wird. Preisveränderungen, einer beschleunigten Veralterung des bestehenden Kapitalstocks, einer erheblichen Umverteilung von Arbeitskräften und damit der Notwendigkeit eines verstärkten Investitionsschubs. Diese Maßnahmen werden erhebliche Umverteilungsfolgen haben und sich auf das Leben der Arbeitnehmer und die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter alteingesessener Industrien und bestimmter Gemeinden auswirken. Wenn keine gezielte Unterstützung in die Gestaltung der Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen integriert wird, werden sie zu weiteren Nachteilen für bestehende gefährdete Bevölkerungsgruppen führen. Die politischen Maßnahmen werden zwar neue Möglichkeiten eröffnen, könnten aber auch zu einer Konzentration von Fachkräftemangel, Qualifikationsdefiziten und Arbeitsplatzverlusten in bestimmten Regionen und Branchen führen, wodurch sich die Ungleichheiten beim Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen wie Lebensmitteln, Verkehr, Wohnraum und Energie wahrscheinlich verstärken werden.

Wir können einen gerechten Übergang nur gewährleisten, wenn wir die Menschen in den Mittelpunkt der Klimaschutzmaßnahmen stellen. Wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2015 feststellte, "trägt ein gerechter Übergang zu den Zielen der menschenwürdigen Arbeit für alle, der sozialen Eingliederung und der Beseitigung der Armut bei."

Den Unternehmen kommt eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, die sozialen Herausforderungen des Übergangs zu bewältigen, indem sie mit Regierungen, Sozialpartnern, Zulieferern und anderen Interessengruppen zusammenarbeiten und Maßnahmen ergreifen, um die sozialen Auswirkungen ihrer ökologischen Übergangsstrategien angemessen in die Unternehmenspolitik und -maßnahmen zu integrieren. Regierungen, Unternehmen und andere Interessengruppen müssen gemeinsam dafür sorgen, dass niemand in diesem Prozess zurückgelassen wird.

Eine "Just Transition" – ein gerechter Übergang – impliziert einen Übergang zu nachhaltigen Wirtschaftsmodellen, die gleichzeitig zwei strategische Ziele verfolgen: 1) Maximierung der positiven Umweltauswirkungen und 2) Minimierung der negativen sozialen Auswirkungen. Der Maßstab für unseren Erfolg wird in unserer Fähigkeit liegen, die Dekarbonisierung in eine Chance zu verwandeln, eine integrativere Wirtschaft zu schaffen, die insbesondere die negativ betroffenen Interessengruppen begleitet:

Arbeitskräfte: Die Arbeitnehmer in den sich wandelnden Sektoren und Industrien sind mit radikalen Veränderungen der zugrunde liegenden Technologien und Qualifikationen konfrontiert. Ein gerechter Übergang sollte sicherstellen, dass diese Arbeitnehmer an der Organisation und Umsetzung dieser Veränderungen beteiligt sind, vor den negativen Auswirkungen der Klimapolitik geschützt werden und menschenwürdige Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze in nachhaltigen Tätigkeiten finden.



- Lokale Gemeinschaften: Ein gerechter Übergang sollte sicherstellen, dass die Kosten und der Nutzen gerecht verteilt werden und dass die lokalen Gemeinschaften, die den negativen Auswirkungen dieses Übergangs ausgesetzt sind, unterstützt werden und vielversprechende Möglichkeiten in der kohlenstoffarmen Wirtschaft haben.
- Gesellschaft: Ein gerechter Übergang sollte sicherstellen, dass alle Beteiligten ihre Rolle in vollem Umfang wahrnehmen, und stützt sich auf einen konstruktiven Dialog zur Koordinierung von Maßnahmen mit Einrichtungen wie Regierungen, Unternehmen, Sozialpartnern, Nichtregierungsorganisationen und Bürgern.
- **Verbraucher:** Ein gerechter Übergang sollte sicherstellen, dass alle Verbraucher, insbesondere einkommensschwache Verbraucher, Zugang zu nachhaltigen und erschwinglichen Produkten haben, indem Mechanismen eingeführt werden, die einen Ausgleich zwischen zusätzlichen Kosten und der Zahlungsfähigkeit schaffen.

Um einen gerechten Übergang zu ermöglichen, sollten Unternehmen in ihren Klimastrategien und -politiken eine Reihe von Aspekten berücksichtigen. Dazu gehören eine Diagnose und ein Aktionsplan, in dem die sozialen Auswirkungen des Übergangs in ihren eigenen Betrieben, ihren Lieferketten und ihren Geschäftsbeziehungen ermittelt, bewertet und angegangen werden, sowie eine Reihe von Indikatoren zur Messung der Anstrengungen, Fortschritte und Ergebnisse.

Da kollektive Maßnahmen für einen erfolgreichen gerechten Übergang von entscheidender Bedeutung sind, ist es wichtig, sich auf gemeinsame Indikatoren zu einigen, die die Grundlage für eine gemeinsame Sprache mit allen Interessengruppen bilden und so Koalitionen zwischen Unternehmen sowie Partnerschaften mit Regierungen fördern und zur Entwicklung eines gemeinsamen Weges für den Wandel beitragen.

Zu diesem Zweck schlägt B4IG eine Reihe von acht Kernindikatoren (im Anhang zu dieser Erklärung) vor, um mit der Überwachung dieser Bemühungen zu beginnen. Diese Indikatoren sind vorläufig und werden in dem Maße konsolidiert, wie relevante Standards entstehen. Diese Auswahl, die wir als Grundlage für weitere Gespräche und Arbeiten über Definitionen und Machbarkeit vorlegen, wurde unter Berücksichtigung von zwei Überlegungen getroffen:

- Sicherstellen, dass die Messgrößen mit den bestehenden Anforderungen an die Unternehmen übereinstimmen: Die Indikatoren, die B4IG zur Diskussion stellt, basieren hauptsächlich auf bestehenden Standards.
- Übergang zur Wirkungsmessung: Die von uns vorgeschlagenen Indikatoren sind Ergebnisindikatoren, wenn sie relevant sind, da dies ein Schlüsselaspekt ist, der die Auswirkungen auf die Interessengruppen aufzeigt.

Wir begrüßen Beiträge aller Interessengruppen zur Weiterentwicklung dieser Indikatoren.

Pressekontakt:

- Amaury BESSARD Amaury.Bessard@edelman.com /+33 (0) 6 03 89 85 52
- Camille Putois camille.putois@b4ig.org / +33 (0) 6 89 91 59 27



Anhang

Vorgeschlagene Indikatoren zur Analyse und Messung des Beitrags der Unternehmen zur Bewältigung der sozialen Herausforderungen des ökologischen Übergangs

Die folgenden Indikatoren beruhen hauptsächlich auf bestehenden Berichten:

- International Labour Organisation (ILO), <u>Guidelines for a just transition towards</u> environmentally sustainable economies and societies for all, 2015
- B Team, <u>Just Transition: A Business Guide From The Just Transition Centre And The B Team</u>, Mai 2018
- Stockholm Environment Institute (SEI), <u>Seven principles to realize a just transition to a low-carbon economy</u>, Juni 2020

Transparenter Planungsprozess	Die Unternehmen sollten sich mit allen relevanten Stakeholdern, einschließlich Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft, beraten und sie in die Bewertung der sozialen Risiken und Chancen des ökologischen Übergangs einbeziehen.
Actions	Interessengruppen wie Gewerkschaften oder andere Arbeitnehmervertretungen sowie Gemeinden werden in die Entwicklung der gerechten Übergangsplanung einbezogen. Das Unternehmen macht transparent, welche Kategorien von Interessengruppen an der Planung des gerechten Übergangs beteiligt sind. Das Unternehmen legt die Schritte offen, die es unternommen hat, um eine umfassende Einbindung der Interessengruppen in den gerechten Übergang zu gewährleisten.
KPIs	Anzahl der Arbeitnehmer oder Arbeitnehmervertreter, die am sozialen Dialog im Rahmen des gerechten Übergangs teilnehmen (basierend auf SEI S.18) Prozentsatz der Gewerkschaften, Sozialpartner und/oder benachteiligten Gruppen, die im sozialen Dialog über den gerechten Übergang vertreten sind (basierend auf SEI S.18) Anzahl der sozialen Dialoge, die innerhalb eines Jahres im Rahmen des gerechten Übergangs stattfinden, und Engagement mit den Gemeinden (basierend auf B Team S. 7-11)

Beschäftigung	Die Planung des gerechten Übergangs durch die Unternehmen sollte Maßnahmen zur Schaffung/Bereitstellung/Unterstützung des Zugangs zu neuen nachhaltigen und menschenwürdigen Arbeitsplätzen umfassen.
Actions	Das Unternehmen bewertet die Risiken des Verlusts von Arbeitsplätzen für Arbeitnehmer und Gemeinden als Folge des ökologischen Wandels und legt diese offen, wobei besonders gefährdete Gruppen berücksichtigt werden.



	Das Unternehmen unterstützt den Zugang von Arbeitnehmern und Gemeinschaften zu nachhaltigen und menschenwürdigen Arbeitsplätzen als Teil seines ökologischen Übergangs, mit besonderem Augenmerk auf gefährdete Gruppen. Das Unternehmen ergreift Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die	
	neuen nachhaltigen und menschenwürdigen Arbeitsplätze ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern und die Einbeziehung benachteiligter Gruppen beinhalten.	
KPIs	Anzahl der Arbeitsplatzverluste innerhalb des Unternehmens und so weit wie möglich innerhalb seiner Lieferketten sowie in den Gemeinden aufgrund der ökologischen Übergangsplanung (basierend auf ILO S. 6-7)	
	Anzahl nachhaltiger und menschenwürdiger Arbeitsplätze, die innerhalb des Unternehmens und so weit wie möglich innerhalb seiner Lieferketten sowie in den Gemeinden als Teil einer gerechten Übergangsplanung geschaffen werden (basierend auf B Team S. 8)	
Weiterbildung und Umschulung	In einem kooperativen Prozess sollten die Unternehmen bestehende und künftige Qualifikations- und Ausbildungslücken im Zusammenhang mit dem ökologischen Wandel ermitteln.	
Aktionen	Das Unternehmen ergreift Maßnahmen, um die Qualifikationen der Zukunft zu antizipieren und die vom ökologischen Wandel betroffenen Arbeitnehmer um- bzw. weiterzubilden.	
	Die Interessengruppen, einschließlich der Gewerkschaften, werden in die Prozesse zur Antizipation und Identifizierung von veralteten Qualifikationen und Qualifikationsdefiziten einbezogen.	
KPIs	Anzahl der Personen, die im Rahmen der Planung des ökologischen Übergangs eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten (basierend auf ILO S.14)	
	Verfügt das Unternehmen über eine Politik der Chancengleichheit für Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, junge Menschen und gefährdete Gruppen im Rahmen seiner ökologischen Übergangsplanung? (basierend auf B Team S. 8)	
Zugang zu	Das Unternehmen sollte sicherstellen, dass seine Klimapolitik	

Zugang zu Waren und Dienstleistungen	Das Unternehmen sollte sicherstellen, dass seine Klimapolitik die Ungleichheiten beim Zugang zu nachhaltigen und erschwinglichen Produkten für Verbraucher, insbesondere für Verbraucher mit geringem Einkommen, nicht verstärkt.
Actions	Das Unternehmen verfolgt die Entwicklung des Waren- und Dienstleistungsportfolios, das von der Dekarbonisierung betroffen ist. Das Unternehmen berücksichtigt die Zugänglichkeit der neuen Waren- und Dienstleistungsangebote.
KPI	Entwicklung der Kunden- und Endverbraucherbasis nach Einkommensklassen, falls zutreffend. (B4IG)



*

Über B4IG: Business for Inclusive Growth (B4IG) ist ein globaler, von CEOs geführter Zusammenschluss von Großunternehmen, die gegen Einkommens- und Chancenungleichheit kämpfen. B4IG wird von der OECD als strategischem Partner unterstützt und arbeitet mit Regierungen zusammen, um integratives Wachstum auf globaler und lokaler Ebene zu fördern. Weitere Informationen unter www.b4ig.org.